

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abbildungsverzeichnis	XIX
§ 1 Einleitung	1
Kapitel I: Die personenstandsrechtliche Registrierung des Geschlechts – Das <i>Ob</i> konstant, das <i>Wie</i> im Wandel?	19
§ 2 Das <i>Ob</i> der staatlichen Registrierung des Geschlechts	21
§ 3 Das <i>Wie</i> der staatlichen Registrierung des Geschlechts	50
Kapitel II: Die Voraussetzungen der Korrektur der rechtlichen Geschlechtszuordnung – Von der Fremd- zur Selbstbestimmung?	91
§ 4 Der Geschlechtseintrag im Kontext des Menschen- und Verfassungsrechts	93
§ 5 Die Korrektur des Geschlechtseintrags im einfachen Recht	137
Kapitel III: Der Bedeutungsverlust des Geschlechts im materiellen Recht – Recht postgender?	205
§ 6 Das Verhältnis des Geschlechtseintrags zum materiellen Recht	207
§ 7 Das Geschlecht als materielle Voraussetzung	229
§ 8 Schlussfolgerungen für das personenstandsrechtliche Geschlecht der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft	273
Literaturverzeichnis	289
Sachregister	303

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abbildungsverzeichnis	XIX
<i>§ 1 Einleitung</i>	1
I. Das personenstandsrechtliche Geschlecht innerhalb und außerhalb der Rechtsordnung	1
II. Mehrdimensionales Verständnis von Geschlecht	4
1. Dimensionen von Geschlecht	4
a) Körperliches Geschlecht („sex“)	4
b) Soziales Geschlecht („gender“)	4
c) Geschlechtliche Identität	5
d) Mehrdimensionalität von Geschlecht	5
2. Konzepte der sozialen Konstruktion von Geschlecht	5
3. Der Geschlechtsbegriff des Bundesverfassungsgerichts	7
4. Der Grundkonflikt der personenstandsrechtlichen Zuordnungspraxis	8
III. Die Forschungsfrage und ihre Beantwortung	9
1. Forschungsfrage(n)	9
2. Forschungsstand und Methodisches	10
3. Die Tradition der Feministischen Rechtswissenschaft	11
4. Sprachliche Anmerkungen	13
a) Verwendung geschlechtersensibler Sprache	13
b) Begriffsglossar	14
aa) Trans- und Cisgeschlechtlichkeit	14
bb) Nicht-Binarität und Binarität von Geschlecht	15
cc) Inter- und Endogeschlechtlichkeit	15
IV. Gang der Untersuchung	16

Kapitel I: Die personenstandsrechtliche Registrierung des Geschlechts – Das <i>Ob</i> konstant, das <i>Wie</i> im Wandel?	19
§ 2 Das <i>Ob</i> der staatlichen Registrierung des Geschlechts	21
I. Die staatliche Registrierung des Geschlechts	21
II. Die Regelungsgeschichte des deutschen Personenstandswesens	21
1. Die Zeit bis zur ersten staatlichen Personenstandsbuchführung	21
2. Die ersten deutschen Personenstandsgesetze 1874/1875	22
3. Das Personenstandsgesetz 1937	24
4. Die Neufassung des Personenstandsgesetzes 1957	26
5. Das Personenstandswesen in der Deutschen Demokratischen Republik	26
6. Das Personenstandsgesetz 2007	27
7. Zwischenfazit	30
III. Das <i>Ob</i> des Geschlechtseintrags in den heutigen Personenstandsregistern	30
1. Überblick	30
2. Der Geschlechtseintrag im Geburtenregister	31
a) Der Haupteintrag im Geburtenregister	31
aa) Das Geschlecht des Kindes	32
bb) Das Geschlecht der Eltern	32
cc) Korrekturen des Geschlechtseintrags als Folgebeurkundung	34
b) Das Geschlecht in der Geburtsurkunde	36
aa) Bedeutung der Personenstandsurkunden	36
bb) Der Inhalt der Geburtsurkunde	36
cc) Die Erteilung der Geburtsurkunde	38
3. Der Geschlechtseintrag im Eheregister	41
a) Der Haupteintrag im Eheregister	41
b) Das Geschlecht und weitere Angaben in der Eheurkunde	43
4. Der Geschlechtseintrag im Sterberegister	45
a) Der Haupteintrag im Sterberegister	45
b) Das Geschlecht und weitere Angaben in der Sterbeurkunde	47
5. Zwischenfazit	47
IV. Verhältnis zum <i>Ob</i> anderer Einträge in den Personenstandsregistern	47
V. Zusammenfassung	49
§ 3 Das <i>Wie</i> der staatlichen Registrierung des Geschlechts	50
I. Verfahren und Optionen zur staatlichen Registrierung des Geschlechts	50
II. Die Regelungsgeschichte der Optionen des Geschlechtseintrags	51
1. Die Binarität des Personenstandsrechts bis 2013	51
a) Optionen des Geschlechtseintrags in Ausführungsverordnungen und Allgemeinen Verwaltungsvorschriften	51
b) Optionen des Geschlechtseintrags als Gegenstand der Rechtsprechung	57
c) Zwischenfazit	58

2. Die Option zum Offenlassen des Geschlechtseintrags:	
Die Einführung von § 22 Abs. 3 PStG 2013	58
a) Der Weg ins Personenstandsrechts-Änderungsgesetz	59
b) Rezeption der Neuregelung	61
aa) Beschränkung auf das Personenstandsrecht	62
bb) Offenlassen als Quelle weiterer Rechtsunsicherheit	63
cc) Formulierung als Muss-Vorschrift	64
dd) Fehlen einer nachträglichen Korrekturmöglichkeit	67
ee) Fehlen einer positiven nicht-binären Beurkundungsmöglichkeit .	68
c) Zwischenfazit	69
3. Die Option „divers“: Der „Dritte Option“-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts und die Einführung von § 22 Abs. 3 PStG 2018	70
a) Der „Dritte Option“-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts	70
aa) Der dem Beschluss zugrundeliegende Sachverhalt und Verfahrensgang	70
bb) Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	71
cc) Rezeption des „Dritte Option“-Beschlusses	72
b) Das Gesetz zur Änderung der in das Geburtenregister einzutragenden Angaben	73
aa) Die Neuregelung und ihre Änderungen zu § 22 Abs. 3 PStG 2013 .	73
bb) Rezeption der Neufassung	74
c) Zwischenfazit	76
4. Zwischenfazit zur Regelungsgeschichte	76
III. Das <i>Wie</i> des Geschlechtseintrags in den heutigen Personenstandsregistern	77
1. Die Optionen des Geschlechtseintrags	77
a) Das personenstandsrechtliche Wie der Optionen	78
b) Der materielle Inhalt der Eintragung	79
c) Zwischenfazit	80
2. Das Verfahren bei der Anzeige der Geburt	80
a) Zur Anzeige Verpflichtete	80
b) Frist- und Formanforderungen der Geburtsanzeige	81
c) Auswirkungen der Verfahrensvorschriften auf die Zuordnungspraxis	83
d) Zwischenfazit	85
3. Grundkonflikt der Zuordnungspraxis	85
4. Auswirkungen des Selbstbestimmungsgesetzes	87
5. Zwischenfazit	88
IV. Zusammenfassung	89

Kapitel II: Die Voraussetzungen der Korrektur der rechtlichen Geschlechtszuordnung – Von der Fremd- zur Selbstbestimmung? . . .	91
§ 4 Der Geschlechtseintrag im Kontext des Menschen- und Verfassungsrechts	93
I. Ein menschen- und verfassungsrechtlicher Blick auf den Geschlechtseintrag im Geburtenregister	93
II. Die Vision der Yogyakarta-Prinzipien	95
1. Bedürfnis einer menschenrechtlichen Vision für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt	95
2. Die Yogyakarta-Prinzipien	96
3. Das Recht auf staatliche Anerkennung der Geschlechtsidentität in den Yogyakarta-Prinzipien	98
a) Prinzip 3: Das Recht auf Anerkennung vor dem Gesetz	98
b) Prinzip 31: Das Recht auf rechtliche Anerkennung	100
c) Visionäres Element der Yogyakarta-Prinzipien für die Anerkennung der Geschlechtsidentität	103
4. (Eingeschränkte) Bedeutung für die Rechtsdurchsetzung und Rechtsentwicklung in Deutschland	104
5. Zwischenfazit	105
III. Die Ebene der internationalen Menschenrechtsabkommen	105
1. Anerkennung der Geschlechtsidentität als Aspekt existierender Rechte	105
a) Das Recht auf Anerkennung der Rechtsfähigkeit	105
b) Das Recht auf persönliche Selbstbestimmung	106
c) Das Recht auf Schutz privater Informationen	107
2. (Eingeschränkte) Bedeutung für die Rechtsdurchsetzung und Rechtsentwicklung in Deutschland	108
3. Zwischenfazit	110
IV. Die Ebene der Europäischen Menschenrechtskonvention	110
1. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur Anerkennung der Geschlechtsidentität	110
a) Positive Verpflichtung der Mitgliedsstaaten aus Art. 8 Abs. 1 EMRK	110
b) Ermessensspielraum der Mitgliedsstaaten	114
aa) Grundsatz	114
bb) Grenzen der Ermessensausübung in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte	115
cc) Die Konvention als „lebendiges Instrument“	118
2. (Eingeschränkte) Bedeutung für die Rechtsdurchsetzung und Rechtsentwicklung in Deutschland	120
3. Zwischenfazit	122
V. Die Ebene des deutschen Grundgesetzes	122
1. Überblick über die bundesverfassungsgerichtliche Rechtsprechung . . .	122
a) Die Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1978	123

b) Die weitere TSG-Rechtsprechung im Überblick	124
c) Der „Dritte Option“-Beschluss	126
d) Zwischenfazit	129
2. Freiheits- und gleichheitsrechtliche Betrachtung der staatlichen Anerkennung der geschlechtlichen Identität	129
a) Das Grundrecht auf Finden und Anerkennung der geschlechtlichen Identität aus Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG	129
aa) Schutzbereich	129
bb) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	131
b) Das Verbot der Geschlechterdiskriminierung nach Art. 3 Abs. 3 GG . .	132
3. Zwischenfazit	133
VI. Menschen- und verfassungsrechtliche Perspektiven auf die Beendigung der staatlichen Erfassung von Geschlecht	133
VII. Zusammenfassung	135
 <i>§ 5 Die Korrektur des Geschlechtseintrags im einfachen Recht</i>	137
I. Die Entwicklung der Korrekturverfahren: Von der Fremd- zur Selbstbestimmung?	137
II. Die Rechtsentwicklung durch die bundesverfassungsrechtliche Rechtsprechung	138
1. Das Fehlen einer gesetzlichen Korrekturmöglichkeit als Ausgangspunkt	138
a) Die Zeit vor Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs im Jahr 1900	138
b) Die Zeit bis zur Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 1978	139
c) Die Zeit vor Inkrafttreten des Transsexuellengesetzes im Jahr 1981 . .	143
2. Das Transsexuellengesetz in der Fassung von 1980	145
a) Einführung des Transsexuellengesetzes	145
b) Grundstruktur und Voraussetzungen	146
c) Verständnis von Geschlecht und Transgeschlechtlichkeit	147
3. Verfassungswidrigkeit einzelner Voraussetzungen des Transsexuellengesetzes	150
a) Altersgrenze von 25 Jahren (BVerfG, Beschluss vom 16.3.1982) . . .	151
b) Deutsche Staatsangehörigkeit (BVerfG, Beschluss vom 18.7.2006) . .	154
c) Ehelosigkeit (BVerfG, Beschluss vom 27.5.2008)	157
d) Dauernde Fortpflanzungsunfähigkeit und geschlechtsangleichender operativer Eingriff (BVerfG, Beschluss vom 11.1.2011)	159
e) Begutachtungserfordernis (BVerfG, Nichtannahmebeschluss vom 17.10.2017)	163
f) Zusammenfassung der TSG-Rechtsprechung	163
4. Zwischenfazit	164
III. Die Dreiteilung der Rechtslage bis zum Inkrafttreten des Selbstbestimmungsgesetzes	165
1. Die Korrektur des Geschlechtseintrags im TSG-Verfahren	165

a) Grundlagen und Struktur	166
b) Voraussetzungen des TSG-Verfahrens	167
aa) Materielle Voraussetzungen nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 i. V.m.	
§ 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 TSG	167
bb) Begutachtungserfordernis nach § 4 TSG	169
cc) Antragstellung durch Geschäftsunfähige und beschränkt Geschäftsfähige	172
dd) Rechtsfolge und Einschränkungen	173
c) Zwischenfazit	174
2. Die Korrektur des Geschlechtseintrags im Verfahren nach § 45b Abs. 1 PStG 2018	174
a) Grundlagen und Abgrenzung zum TSG-Verfahren	174
b) Anwendungsbereich	176
c) Übrige Voraussetzungen des Verfahrens nach § 45b Abs. 1 PStG 2018	178
aa) Abgabe der Erklärung vor dem Standesamt	178
bb) Deutscher Personenstandseintrag	180
cc) Nachweis durch ärztliche Bescheinigung	180
d) Zwischenfazit	182
3. Die Korrektur des Geschlechtseintrags in analoger Anwendung des TSG-Verfahrens	182
4. Zwischenfazit	183
IV. Das Selbstbestimmungsgesetz	183
1. Hintergrund des Selbstbestimmungsgesetzes	183
a) Internationaler Kontext	183
b) Politische Entwicklung in Deutschland	185
2. Das Selbstbestimmungsgesetz	190
a) Anwendungsbereich	190
b) Voraussetzung der „Erklärung mit Eigenversicherung“ vor dem Standesamt	191
c) Erklärungen von Minderjährigen und Personen mit Betreuer*in . .	192
d) Anmeldung und Sperrfrist	193
e) Rechtsfolgen der Erklärung	194
3. Bewertung des Selbstbestimmungsgesetzes	195
a) Das neue Korrekturverfahren nach dem Selbstbestimmungsgesetz . .	195
b) Ausschluss von Menschen ohne Aufenthaltstitel	196
c) Verknüpfung von Geschlechtseintrag und „entsprechenden“ Vornamen	196
d) Verweis auf die Privatfreiheit, das Haus- und Satzungsrecht	200
4. Zwischenfazit	201
V. Zusammenfassung	202

Kapitel III: Der Bedeutungsverlust des Geschlechts im materiellen Recht – Recht postgender?	205
§ 6 Das Verhältnis des Geschlechtseintrags zum materiellen Recht	207
I. Inhaltsbestimmung und Funktion des Geschlechtseintrags	207
II. Die Verwobenheit von Personenstandsrecht und materiellem Familienrecht	208
1. Personenstandsrecht: Das <i>Ob</i> und <i>Wie</i> der Eintragung	208
2. Materielles Familienrecht: Der Inhalt der Eintragung	209
3. Die Funktion der personenstandsrechtlichen Eintragungen	211
4. Zwischenfazit	212
III. Übertragung auf die Beurkundung des Geschlechts	213
1. Geschlechtseintrag und rechtliche Geschlechtszuordnung	213
2. Inhalt der Eintragung	214
a) Bei der Erstzuordnung	215
aa) Die Geschlechtszuordnung bei der BGB-Gesetzgebung	215
bb) Die Leerstelle der materiellen Geschlechtszuordnung	217
cc) Zwischenfazit	218
b) Bei der Korrektur der Geschlechtszuordnung	219
aa) Im TSG-Verfahren	220
bb) Im Verfahren nach § 45b Abs. 1 PStG 2018	220
cc) Im Verfahren nach dem Selbstbestimmungsgesetz	222
dd) Zwischenfazit	223
c) Zwischenfazit zum Inhalt der Eintragung	223
3. Die Funktion des Geschlechtseintrags	223
a) Die Beweisfunktion	224
b) Die identitätsbezogene Funktion	225
c) Zwischenfazit	227
IV. Zusammenfassung	227
§ 7 Das Geschlecht als materielle Voraussetzung	229
I. (Familien-)Recht postgender?	229
II. Das patriarchale Familienmodell des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der Fassung von 1896 als Ausgangspunkt	229
1. Die allgemeinen Ehwirkungen	230
2. Der Ehename	234
3. Das eheliche Güterrecht	237
4. Die elterliche Sorge	238
5. Nichteheliche Kinder und ihre Eltern	241
6. Das Familienrecht der Deutschen Demokratischen Republik	243
7. Das Eheschließungsrecht	246
8. Zwischenfazit	248

III.	Das Geschlecht als Voraussetzung im heutigen Familienrecht	249
1.	Die Eltern-Kind-Zuordnung als letzte Bastion der Anknüpfung an das Geschlecht im Familienrecht	249
2.	Elternschaft nach dem Transsexuellengesetz und der Rechtsprechung .	251
a)	Die Konzeption des Transsexuellengesetzes	251
b)	Die Rechtsprechung zu trans Elternschaft	253
aa)	Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zu gebärenden trans Männern und zeugenden trans Frauen	253
bb)	Die obergerichtliche Rechtsprechung zu trans Männern auf der zweiten Elternstelle	256
c)	Zwischenfazit	257
3.	Elternschaft jenseits von Müttern und Vätern	258
4.	Elternschaft nach dem Selbstbestimmungsgesetz	260
5.	Schlussfolgerungen für das personenstandsrechtliche Geschlecht	262
IV.	Das Geschlecht als Voraussetzung außerhalb des Familienrechts	262
1.	Verbliebene tatbestandliche Anknüpfungen an das Geschlecht	263
a)	Regelungen zum Schutz von Schwangerschaft und Mutterschutz . . .	263
b)	Wehrpflicht und zivile Dienstleistungspflicht	264
c)	Vorschriften zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern	265
d)	Regelungen zur Unterbringung in einer Justizvollzugsanstalt	265
e)	Regelungen zur körperlichen Durchsuchung und Untersuchung	267
f)	Zwischenfazit	268
2.	Abgrenzung von geschlechtsbezogenen Rechten, die nicht von der rechtlichen Geschlechtszuordnung abhängen	268
3.	Schlussfolgerungen für das personenstandsrechtliche Geschlecht	269
V.	Zusammenfassung	270
 <i>§ 8 Schlussfolgerungen für das personenstandsrechtliche Geschlecht der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft</i>		 273
I.	Das personenstandsrechtliche Geschlecht in der Verwobenheit der Rechtsordnung	273
II.	Regelungsmöglichkeiten zur Lösung des Grundkonflikts	274
1.	Keine Beurkundung des Geschlechts	274
a)	Gesetzliche Ausgestaltung	274
b)	Mögliche Herausforderungen	275
aa)	Schwächung der Rechtsposition?	275
bb)	Identitätsbezogene Funktion des Geschlechtseintrags	276
cc)	Evaluation verbliebener geschlechtsspezifischer Anknüpfungen	277
dd)	Grenzüberschreitende Fälle	278
ee)	Passrecht	280
c)	Zwischenfazit	281

2. Freiwillige Beurkundung des Geschlechts	282
a) Gesetzliche Ausgestaltung	282
b) Mögliche Herausforderungen	283
c) Zwischenfazit	283
3. Beurkundung des Geschlechts mit Eintritt der Geschlechtsmündigkeit	283
a) Gesetzliche Ausgestaltung	284
b) Mögliche Herausforderungen	285
c) Zwischenfazit	285
4. Zusammenfassung	285
III. Ausblick	286
Literaturverzeichnis	289
Sachregister	303